

DIE

PLATYPUS REVIEW

- deutschsprachige Ausgabe -



DAS ERBE VON 1989

Ein Interview mit Dr. Thomas Wendt über die Wiedervereinigung

Johannes Kämper

DIE FRÜHEN ANTIDEUTSCHEN UND DIE ARBEITERKLASSE

Max Hörügel

www.platypus1917.org/die-platypus-review/

16

Ausgabe #16 | Herbst 2021

DAS ERBE VON 1989

Ein Interview mit Dr. Thomas Wendt über die Wiedervereinigung als Ausdruck des Zerfalls der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die Linke in Deutschland

von Johannes Kämper

Dr. Thomas Wendt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie an der Universität Leipzig. Seine Interessenschwerpunkte sind Politische Philosophie und Gesellschaftstheorie. Aktuell forscht er zur historischen Tradition und Systematik der Bewusstseinstheorie und entwickelt daraus ein Philosophieverständnis des „eingreifenden Denkens“.

Das Interview wurde am 15. Mai 2020 von Johannes Kämper geführt. Er ist Mitglied des Leipziger Chapters der Platypus Affiliated Society. Es folgt eine gekürzte und editierte Version ihres Gesprächs.

JOHANNES KÄMPER: *Könntest du zunächst etwas über deine jetzige Situation erzählen? Was machst du im Moment beruflich und politisch?*

DR. THOMAS WENDT: Politisch interessiert mich vor allem ein Problem: und zwar die Frage, was es heute eigentlich heißt, links zu sein. Das Selbstverständnis der Linken ist seit spätestens 1989 ganz offensichtlich in der Krise. Die Krise selbst ist schon älter, aber seitdem kann man sie nicht mehr wegdiskutieren. Eines der großen Probleme einer freiheitlich, demokratischen Bewegung nach 1989 besteht darin, dass die Linke es meines Erachtens versäumt hat, aus der Krise Konsequenzen zu ziehen, und zwar in der Weise, dass das Gesamtprojekt der Linken – seit Marx und eigentlich schon seit der Aufklärung – auf seine Tauglichkeit hin befragt werden müsste. In dieser Befragung darf vor keinen Tabus Halt gemacht werden, auch nicht davor, eigene Fehler einzugestehen und Korrekturen vorzunehmen.

Was 1989 passiert ist, war kein einfacher Verkehrsunfall oder das Ergebnis der Dummheit des Ostens, die zum Zusammenbruch geführt hat, was manche westlichen Freunde im linken Lager dachten. Meine Hypothese ist wesentlich die, dass es innerhalb dieses Projektes einen Geburtsfehler gab, der dazu geführt hat, dass in der Entstehung der Sowjetunion zwar der subjektive Faktor der revolutionären Veränderungen da war, ohne jedoch die objektiven Rahmenbedingungen zu haben, was dann notwendigerweise zur Entartung des subjektiven Faktors geführt hat. Heute ist es meines Erachtens umgekehrt: der objektive Faktor für eine globale, gesamtgesellschaftliche Umwälzung, so wie sie etwa Marx prognostiziert hat, ist gegeben, aber der subjektive

Faktor liegt am Boden und das hat etwas mit dem Zusammenbruch zu tun.

Der Zusammenbruch des Ostens, das Scheitern des Sowjet-Experiments – und in diesem Punkt stimme ich natürlich Putin zu – ist eine der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Der erste Schritt ist heute also zunächst einmal verbunden mit einer Bewusstwerdung über die Stärken und Schwächen der gegebenen Situation sowie der Entwicklung eines subjektiven Faktors in Theorie und Praxis. Deshalb denken ich und auch Kollegen im Ausland über bestimmte Sachverhalte nach. Beispielsweise über die Frage: Was ist eine kritische Theorie? Solche Fragen sind verbunden mit dem Philosophieverständnis und der Bewusstseinstheorie. Auch deshalb ist das die Orientierung in meiner Arbeit.

Wie bist du zur Philosophie und zur Politik gekommen? Wie wurdest du politisiert?

Eigentlich durch mein Elternhaus, in dem immer viel über Politik diskutiert wurde. Ich komme aus einem Elternhaus, welches in der DDR gar nicht so systemtreu war, eher im Gegenteil. Einer meiner Großväter kommt aus einer weit zurückreichenden Tradition, welche historisch mit den Gründungen der kommunistischen Parteien in Österreich und Deutschland verbunden ist. Die andere Seite meiner Familie sind Nationalsozialisten gewesen. Ich kann nicht verstehen, dass die Kriegsgeneration angeblich die Verbrechen der Nazis vergessen hat. In meiner Familie wurde davon immer erzählt und sie haben sich auch geschämt, da mitgemacht zu haben. Allerdings haben sie daran aus einem sozialen Interesse der Gerechtigkeit teilgenommen. Denn es ist ja kein Geheimnis, dass sowohl der Nationalsozialismus als auch die kommunistische Bewegung der 1920er Jahre gemeinsame Wurzeln im Widerstand gegen soziale Ausbeutung haben. Und davon war der gemeinsame Nenner im Grunde die damalige protestantische Kirche.

Meine Geschwister und ich wurden protestantisch erzogen. Aber wie das so ist, wenn deine Eltern die Kirche favorisieren – dann geht man eben zu den Kommunisten. Es hat mich aber auch tatsächlich interessiert. Ich bin in die Freie Deutsche Jugend (FDJ) eingetreten und habe die Arbeit sehr gerne gemacht. Darüber bin ich dann eben politisiert worden. Allerdings

immer mit der Einstellung, dass die gegebene Ordnung, in der wir leben, alles andere als schön ist, aber mit der Grunderwartung, dass sie reformfähig ist. Diese Erwartung wurde auch für mein Elternhaus insoweit bestätigt, als die Ablösung Ulbrichts durch Honecker zunächst als Befreiung wahrgenommen wurde. Wir konnten in den Schulen auf einmal wieder Orgelmusik hören. Das war schon etwas Neues, die Kirche galt bis dahin als sehr verpönt. Es wurde eine Öffnung und ein Dialog mit den Kirchen hergestellt. Kleine Gewerbetreibende, dazu gehörte auch mein Großvater, der eine kleine Galerie hatte, wurden nun als fester Bestandteil des Sozialismus angesehen. Es beschränkte sich also nicht nur auf diese berühmten Bananen und Apfelsinen, die von Honecker eingekauft wurden.

Das große Erlebnis war für uns in Ost und West natürlich der Vietnamkrieg, wie es für die Generation zuvor der Koreakrieg war. Ich werde nie vergessen, wie wir in der Schule waren und gesehen haben, wie 1975 Saigon befreit wurde, wie wir die Bilder sahen, als dieser berühmte Panzer, der T-72 war's glaube ich, das Tor zur amerikanischen Botschaft aufstößt, der letzte Hubschrauber aus der Botschaft abhebt und wir euphorisch aufgrund des vermeintlichen Sieges des Weltsozialismus waren.

Wir haben all diese Bilder gesehen, auch die der verbrannten Kinder in Da Nang. Das wurde alles gezeigt, denn die sogenannten „eingebetteten Journalisten“ von heute gab es damals noch nicht. Es gab noch richtigen Kriegsjournalismus, ohne geschönte Bilder in der Weltpresse. Diese Erlebnisse schufen natürlich auch eine Verbindung zu linken Leuten in Westdeutschland, die mit Parolen wie „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ durch Westberlin gelaufen sind. Dennoch war der Westen für mich keine Alternative, aber so hat eben eine Politisierung stattgefunden.

Würdest du sagen, dass die DDR bis zum Schluss reformierbar gewesen wäre?

Sie war nie reformierbar. Das ist mein großer Irrtum gewesen. Auch das Gesamtprojekt des Sozialismus, wie es sich unter den stalinschen Bedingungen entwickelt hat, musste unter diesen objektiven Bedingungen notwendig so sein, wie es gewesen ist und war von Anfang an nicht reformierbar. Aber dennoch war das die große Frage bei uns Studenten. Wir hatten ein wunderbares Studium, das ich jedem von euch nur wünsche. Es gab eine Bandbreite, die jedem, der die Möglichkeit genutzt hatte, die Chance gab, sich ein weites Weltbild zu schaffen. Wir haben uns damals die Spätwerke Lenins und seine Theorie zur Revolution immer wieder angeschaut, dieses bekannte Hoffen von Lenin auf die große Revolution in Europa und die Angst, dass das nicht geschehen wird, hat uns sehr beschäftigt. Wir haben

es eigentlich auch immer so gewertet, dass wir hier ein Problem haben und dass da irgendwas nicht stimmt. Zumal das Auftreten der Sowjetunion im Grunde immer an die großrussische Tradition des Zaren angeknüpft schien. Wir haben immer empfunden, dass wir machen müssen, was der „große Bruder“ uns sagte. So ging es auch der Parteiführung der SED. Zum ersten Mal wirklich gelockert hat sich das Verhältnis erst, als Gorbatschow 1985 an die Macht kam.

Wir hofften damals, in den Diskursen der Bewegung des „Eurokommunismus“ Anregungen zu finden. Das war eine europäische Bewegung von Italienern, Spaniern, Portugiesen, Franzosen und anderen, die eine Form des Kommunismus entwickeln wollten, die sowohl nationalstaatliche Eigenarten berücksichtigt als auch die Internationalität. Denn diese beiden Sachen schließen sich nicht aus. Diese Bewegung wurde natürlich sehr kritisch von den damaligen Agitations-, Propaganda- und Ideologie-Chefs, vor allem der Sowjetunion, beobachtet.

Könntest du nochmal etwas zu dem nationalen und internationalen Charakter des Eurokommunismus sagen?

Es ging wesentlich um die Frage, ob der Weg, den die Sowjetunion eingeschlagen hat, der einzig richtige ist, oder ob für die besonderen historischen Bedingungen in Deutschland oder einem anderen westeuropäischen Land nicht ein anderer Weg eingeschlagen werden müsse. Die Frage war also: Was ist Allgemeines, was ist Besonderes, was ist Einzelnes? Ich mache ein einfaches Beispiel: Die Einigung Deutschlands, von Sachsen, Preußen, Pommern usw. zu einem deutschen Staat, schließt ja nicht aus, dass die Leute in Pommern oder Sachsen ihre Eigenarten haben, die sie ausleben können, und trotzdem

haben sie etwas Gemeinsames. Das ist nebenbei eine wichtige Frage für die Zukunft. Man muss Besonderheiten einzelner historisch entwickelter Gegebenheiten im sozialen Bereich beachten. Man darf nicht meinen, sie „glatt“ machen zu können, denn dann werden sich die Menschen wehren: Das ist Unfreiheit. Und die Menschen haben sich in der Sowjetunion dagegen gewehrt. Das ist mit den Bewegungen in Jugoslawien gestartet, da wurde das erste Bröckeln schon deutlich. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurde es dann, vor allem in den westeuropäischen Ländern, ganz explizit. Interessant ist, dass das sowohl von Moskau als auch von Washington als Gefahr angesehen wurde. Die zwei Supermächte hatten aus ganz unterschiedlichen Interessen heraus keinen Appetit auf solcherlei Zerrüttung. Moskau sah hier natürlich den stalinschen Kurs und dann die Breschnew-Doktrin gefährdet, und Washington hatte Angst, dass möglicherweise eine andere Gesellschaftsform populär werden könnte.

**Die DDR war nie reformierbar.
Das ist mein großer Irrtum gewesen.**

Was waren die Auswirkungen des Zusammenbruchs 1989 für die damalige Linke?

Für die Linke damals war es erstmal ein richtiger Schock. Und zwar im eigenen Selbstverständnis. Wir haben uns gefragt, braucht es uns überhaupt? Sind wir nicht vollkommen fehlgegangen? Alle Feindbilder brachen im Grunde genommen weg und interessanterweise ging es den Leuten im Westen genauso – und zwar Leuten, z.B. vom Geheimdienst, von Sendern, die eindeutig antikommunistische Ideologie propagierten oder Leuten im Verfassungsschutz. Die warfen auf einmal alle die Arme hoch und sahen ihre Arbeitsplätze wegfallen.

Es war ein ganz großer Schock damals und wir haben uns gefragt, ob wir nicht die ganze Zeit einer vollkommen irren Idee nachgelaufen sind. Was ich allerdings für grundlegend falsch halte, ist die Annahme, dass die Niederlage darin bestand, dass es eine Niederlage der Ost-Linken war. Denn mit der Ost-Linken sind institutionelle Rahmenbedingungen für die Herausbildung von Bewusstseinsmomenten weggebrochen und seien es nur Institutionen wie beispielsweise Akademien. Man kann es auch noch einfacher sagen: Der Wettbewerb, der um die staatlich organisierte Form des Miteinanders geführt worden ist, also den Osten als Konkurrenzunternehmen und Herausforderung für das westliche Denken, gab es nicht mehr. Das ist für beide Seiten eine Niederlage, denn die eine Seite denkt, sie hat gewonnen, die andere denkt, sie hat verloren. So geht die Qualität die einmal erreicht worden ist, sowohl im theoretischen als auch im praktischen Selbstverständnis, auf beiden Seiten verloren. Der Westen ist schlechter geworden. Das sehe ich im Fernsehen, das sehe ich in der Presse, das sehe ich im Rundfunk. Als es noch die DDR oder die Sowjetunion gab, hätte sich keiner getraut, solche dumpfen Berichterstattungen zu machen, wie sie zurzeit in allen großen Medien üblich sind. Auch in materiellen Gebieten wie Unterstützung für Publikationen – all das ist im Grunde weggebrochen, was zur Folge hatte, dass auch eine Organisationsform linken Denkens im weitesten Sinne abhandengekommen ist. Das war die Niederlage. Aber jede Niederlage, jede Krise ist natürlich auch eine Chance für etwas Neues. Und diese Chance ist nicht genutzt worden und zwar von beiden Seiten nicht.

Ich persönlich war immer ein Anhänger der deutschen Einheit. Natürlich habe ich mir die anders vorgestellt – das ist klar! Bei den Kurs von Hans Modrow seinerzeit, der vorschlug, sich mit Frankreich zu verbünden, um damit die Spaltung aufrechtzuerhalten, konnte ich nicht unterstützen. Als Helmut Kohl den Anschluss der DDR mit seinem Grundsatz einer „gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit“ vollzogen hatte, dachte ich, oder hoffte ich vielmehr – die Hoffnung war irrig –, dass er klug

genug ist, die Chance zu nutzen, welche durch seinen Grundsatz aufgegeben war: nämlich über das Grundgesetz neu nachzudenken und die ganzen Reformen einzuleiten, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes als Neu-Diskussionen zu einer gemeinsamen Verfassung für Deutschland in „Freiheit und Einheit“ genannt haben.

Das ist also von der einen Seite nicht passiert und von der anderen im Grunde auch nicht. Was passiert ist, ist zunächst einmal die Fortführung der alten Gegensätze, jetzt allerdings unter anderem Blickwinkel, wie beispielsweise linkes Denken als Denken über veganes Essen – wo sich jemand im Osten nur an den Kopf gefasst hätte, wenn doch Millionen von Menschen auf der Welt verhungern.

Es ist also mit dieser Niederlage mehr verbunden als nur eine Niederlage der Linken. Meine große Angst ist, dass wir die wenige Zeit, die jetzt durch die ökologische Krise noch weniger geworden ist, verspielt haben. Deswegen meinte ich anfangs, dass ich Putin zustimme, wenn er sagt, dass das Scheitern des Projekts der Sowjetunion die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen ist.

*Wie hast du 1989 persönlich erlebt?
Warst du involviert oder engagiert?*

Ja natürlich, es ging gar nicht anders. Ich war damals in Leipzig am *Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie und Logik* als Assistent angestellt. Unser ganzer Lehrstuhl war immer politisch engagiert, es gab ein ganz anderes Verhältnis von Politik und Philosophie, als man das heute kennt. Die Demonstrationen und Auseinandersetzungen gingen wesentlich von Leipzig aus. Am 3. Oktober hatten wir Parteiversammlung und wurden quasi eingesperrt. Vor der Universität zogen schwer ausgerüstete Polizeistaffeln mit Sturmhauben, Schlagstöcken und Hunden auf. Das war allerdings nur das Ende, die Krise fing schon viel früher an. Was die wenigstens wissen, ist, dass die Krise 1989 spätestens Anfang der 1980er Jahre in Vorbereitung gewesen ist. Ich weiß nicht, ob das Gerücht stimmt, ich habe keinen Nachweis dafür, aber ich weiß, dass in bestimmten internen Kreisen darüber gesprochen wird, dass Honecker seit Anfang der 1980er-Jahre wusste, dass die Sowjetunion mit den Amerikanern über die DDR verhandelte. Was ich allerdings weiß und bestätigen kann, ist, dass Honecker eine Politik verfolgt hat, bei der es darum ging, dass auf deutschem Boden kein Dritter Weltkrieg ausgetragen wird. Aufgrund der klaren Erkenntnis, dass sowohl die Sowjetunion als auch die Amerikaner Deutschland nur als Vorfeld ihrer Auseinandersetzungen angesehen haben, setzte sich Honecker persönlich dafür ein. Das ist ein Verdienst, das man heute immer noch nicht wirklich würdigt. Diese Erkenntnis hatte er und versuchte dort praktisch, politisch, samt einer theoretischen Flankierung, etwas wie eine deutsch-deutsche Zusammenar-

**Für die Linke damals war die
Wende ein richtiger Schock.
Wir haben uns gefragt,
braucht es uns überhaupt?**

beit, unabhängig von den Großmächten, zu organisieren. Sein damaliger Partner war vor allem Helmut Schmidt. Aber auch verschiedene Leute wie Walther Leisler Kiep von der CDU sind damals inoffizielle Verbindungen zur DDR eingegangen.

Was die theoretische Flankierung dieser Politik anbelangt, gab es eine These von Honecker, die nicht er entwickelt hat, sondern sein Theoretiker und Spezialist für Deutschland, Herbert Heber – und zwar die Theorie der „Koalition der Vernunft“, was auch mein Habilitationsthema war. Diese Theorie stellte, angewandt auf die Philosophie, die Frage, ob es möglich ist, dass man eine gemeinsame Bewusstseinsform zwischen West und Ost entwickelt, die die geistige Grundlage einer praktischen Zusammenarbeit ist. Anders ausgedrückt: Es musste nachgewiesen werden, dass sich die Klassenbewusstseinsform von West und Ost nicht ausschließen. Das wollte ich in meiner Habilitation beweisen. Was ist die Bewusstseinsform, die beide Klassen gemeinsam handeln lassen können? Wenn man dieses Klassenmodell anlegt, gibt es ein Interesse, welches Ost und West miteinander teilen, welches gemeinsames Handeln ermöglicht. Dieses Interesse ist das Menschheitsinteresse am Überleben. Diese Arbeit habe ich damals zum ersten Mal öffentlich vorgetragen. „Öffentlich“ hieß in der DDR natürlich, dass es „behind closed doors“ ablief. Ich hielt 1986 in einer Sonderschule des Zentralkomitees der SED einen Vortrag, bei welchem alle Philosophielehrer der Parteifach- und Parteihochschulen versammelt waren.

Als mich der Leiter dieser Schule anschließend zum Essen einlud, hatte ich folgendes Erlebnis: Zunächst mal war es interessant zu sehen, wie so etwas organisiert war, denn die normalen Teilnehmer mussten sich anstellen, uns wurde dagegen serviert. Wir hatten unseren eigenen Speisesaal und es gab Erdbeeren mit Schlagsahne – im Februar. Das Ganze für 2,50 Mark, Drei-Gänge-Menü, für einen Ostbürger; ich dachte: Wo bist du jetzt gelandet?! Also das Essen stimmte. Gleichzeitig blieben mir die Bissen allerdings im Halse stecken, weil der Leiter der Schule zwar nicht bei meinem Vortrag dabei gewesen war, aber mich Wort für Wort zitierte. Als ich sagte: „Ich habe dich gar nicht gesehen, Genosse.“, antwortete er: „Na, ich hab’ doch mitgehört“. Er saß also irgendwo anders und es lief ein Tonband, und er erklärte mir: „Das haben wir hier bei uns so, damit wir auch genau wissen, was gesagt worden ist, damit keine Missverständnisse aufkommen, sollte es Diskussionen geben.“ Mit dem fuhr ich dann in einer Limousine nach Berlin zurück. Irgendwann machte er die Scheibe zum Fahrer hoch und ich werde nie vergessen, wie er zu mir sagte: „War ein interessanter Vortrag, Genosse, sagen Sie, schaffen wir es nochmal?“ – das war 1986 – „Na klar schaffen wir es!“ – ich verwies auf Lenin. Ich hätte natürlich nie eine ehrliche Antwort gegeben, ich kannte ihn ja gar nicht. Aber da war mir klar, dass irgendwas im Busch war. Heute weiß man ja, dass die sich sogar im Politbüro alle untereinander abgehört haben. Die hatten Angst, offen in ihren Häusern zu sprechen, das ist Stalinismus

pur. Hinzu kommt, dass ich spätestens mit dem Weggang von Markus Wolf aus dem Ministerium für Staatssicherheit wusste, dass größere Veränderungen bevorstehen. Denn ein Geheimdienstchef verlässt nicht einfach den Geheimdienst und macht dann auf einmal Literatur und gibt mit amerikanischen und russischen Freunden zusammen ein Buch heraus. Wer ein bisschen in dem Metier Bescheid weiß, der macht seinen Job weiter. Es wurde quasi eine Distanz zum gegebenen System eingeführt oder anders ausgedrückt, ich merkte, dass die SED kein monolithischer Block ist. Ich merkte, dass es unterschiedliche Fraktionen gab und zwar die Honecker-Fraktion auf der einen sowie Markus Wolf und auch Gysi auf der anderen Seite. Diese Krisenerscheinungen wurden immer durch die große Angst begleitet, dass Moskau durchdreht und auf den Knopf drückt. Denn wir wussten in unserem Lehrstuhl immer, dass es in Moskau Generäle gab, die den Erstschlag vorgeschlagen hatten, da sie wussten, dass wir ökonomisch verloren hatten. Wenn auch nicht öffentlich, so war es dennoch bekannt. Das hatte sich wie ein Schleier der Angst über uns gelegt.

Wir haben dann versucht, alles zu unterstützen, was Honeckers Annäherungs-Kurs betraf, auch wenn dieser von Moskau, man muss fast sagen, gewaltsam unterbrochen worden ist. Herbert Heber, der die erwähnte Theorie der „Koalition der Vernunft“ für den Honecker-Kurs ausgearbeitet hatte, wurde dann nämlich in die Klapsmühle nach Bernburg gesperrt. Um es ganz ehrlich zu sagen, war es Gorbatschow, der das dann maßgeblich gestoppt hat. Aber Gorbatschows Rolle ist nicht nur die eines Weltbefreiers, er hat ganz klar in nationalstaatlichen Interessen gedacht. Ich denke, er hat die DDR strategisch genutzt, um die Sowjetunion freizukaufen und zu entlasten, auch wenn das nicht geklappt hat. Das waren alles Dinge, die im Hintergrund die Situation von 1985–89 geprägt haben. Einen Umbruch hatte ich erwartet, aber nicht in dieser Form. Die Vereinigung hatte ich überhaupt nicht erwartet, und zwar aus dem Grunde, dass ich dachte, England und Frankreich seien stärker. Die beiden, das wussten wir ganz genau, hatten daran kein Interesse. François Mitterrand, damaliger französischer Staatspräsident, hatte erklärt, er liebe Deutschland so sehr, dass er gerne zwei davon hätte und Maggie Thatchers Meinung ist auch hinlänglich bekannt. Verhindern konnten sie es aber nicht mehr. Sie waren gegenüber der BRD, die ja schon ein wirtschaftlicher Riese war, schwach und die Schwäche der Sowjetunion kam noch hinzu. Außerdem konnten die Amerikaner wegen der Einigung keinen Rückzug mehr machen, weil sie den Mund ohnehin schon so voll genommen hatten und zustimmen mussten.

Was bedeutet 1989 für die Linke und für eine sozialistische Perspektive heute? Was ist das Erbe von 1989?

Das Erbe von 1989 ist zunächst einmal ein Bewusstsein der Notwendigkeit der ständigen Selbstreflexion. Ein ständiges Arbeiten an sich selbst und das Ernstnehmen der Tatsache, dass niemand, auch nicht die Linke, die

absolute Wahrheit hat.

Das zweite ist das Offensein für alle humanistischen, auch nicht linken Begriffe, also für ein breites Massenbündnis. Ich halte die Organisationsform der Partei nicht für die zukunftsträchtige.

Was die sozialistische Perspektive angeht, muss man zunächst schauen, was historisch positiv erreicht worden ist. Eine der großen Mängel der Realpolitik seit Stalin und dem ideologischen Bewusstsein davon war es, die bürgerliche, liberale Demokratie oder die Form der Demokratie, so wie sie bürgerlich entwickelt worden ist, als politische Form nicht gewürdigt zu haben. Jede Form von Diktatur, egal ob sie Diktatur der Arbeiterklasse oder sonst wie heißt, ist meines Erachtens abzulehnen. Die politische Form der Demokratie ist fortzusetzen. Aber meine sozialistische Perspektive, die ich nach wie vor habe, heißt Demokratisierung der Wirtschaft. Und das haben wir im Westen nicht.

Was verstehst du genau unter der Demokratisierung der Wirtschaft?

Das bedeutet Sozialisierung. Zum Beispiel Sozialisierung aller Bankengewinne, genauso wie natürlich aller Bankenverluste; oder dass es die erste Freiheit der Presse ist, kein Gewerbe zu sein, also ursozialistische Forderungen. Das bedeutet natürlich auch, das Verhältnis von Menschen untereinander zu verändern, soziale Verhältnisse, die mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verbunden sind. All das, was die Existenzgrundlage von Menschen ausmacht, sei es Wasser, sei es Luft, sei es Verkehr, sei es Gesundheit, gehört nicht in private Hand. Auch Medien gehören nicht in private Hand. Ich würde immer Privatinitiativen zulassen, aber all das, was menschliche Grundexistenzbedingungen anbelangt, darf nicht kapitalistisch ausgebeutet werden.

Sollen sie durch den Staat gemanagt werden?

Na ja, was muss an die Stelle des Staates gesetzt werden? Das ist die große Frage, über die Marx ja ewig nachgedacht hat. Er meinte die Pariser Kommune wäre im Grunde genommen so eine Form. Es muss also eine staatliche Organisationsform geben. Ich bin kein Vertreter der These vom Absterben des Staates, auf keinen Fall, aber der Staat darf meines Erachtens nicht die Partei als Staat sein. Denn Partei ist eigentlich etwas, was sich philosophisch gesprochen, „dem Begriff nach“, mit dem Staat überhaupt nicht vereinbaren lässt. Die Partei vertritt per Definition immer ein besonderes Interesse, während der Staat für das Allgemeininteresse eintritt. Es geht also um die Fortführung des klassisch hegelschen-marx'schen Projektes, denn das ist im Grunde schon bei Hegel angedacht worden. Diese Staatsform ist noch nicht da und ich wüsste auch nicht, wie das genau in der konkreten Politik gemacht werden soll. Eine wichtige Sache im heutigen Entwicklungsstand des Kapitalismus, die man in jedem Fall abstellen müsste, ist der Umstand, dass Geld Geld

heckt. Das ist etwas, das sowohl die Pauper unten als auch die Pauper oben, die Verelendung oben wie unten hervorbringt und allgemein menschlich schädlich ist. Das würde allerdings das Herz unserer Gesellschaft treffen, in der wir heute leben, denn das ist das, was man als „systemrelevant“ bezeichnet und was es als „alternativlos“ zu schützen gelte. Aber dazu gibt es Alternativen und die gibt es schon spätestens seit den 1920er-Jahren. Da denke ich z.B. an die österreichische Nationalökonomie und an diese Diskurse, die dort über andere Formen geführt worden sind, in denen Geldwirtschaft organisiert werden kann.

Aus Interesse an diesem Projekt suchten wir damals nach Existenzformen einer zukünftigen Gesellschaft. Zum Beispiel untersuchten wir die Gestaltung der Sonderwirtschaftszonen in China. Man kann von China denken, was man will – das ist bestimmt nicht der Status quo, den ich gerne haben möchte –, aber diese Sonderzonen waren ein Experiment, welches den Kapitalismus in diesen Zonen zugelassen hat und dann die Überschüsse für die übrigen nicht kapitalistischen Zonen in China nutzte. Das waren damals praktische Projekte. Politisch ist das heute nicht mehr meine Perspektive. Warum? Weil wir heute Nägel mit Köpfen machen müssen. Es geht nicht mehr. Dieses Modell des Kapitalismus, wie wir es bisher hatten, ist meines Erachtens tatsächlich an seine Grenzen gekommen. Er ist nicht mehr reformierbar. Er kann die Ökokrise vielleicht technisch, aber auf keinen Fall sozial bewältigen.

Also grüner Kapitalismus ist für dich nicht möglich?

Es kann keinen Sozialstaatskapitalismus geben. Das ist nicht möglich. Deshalb gibt es ja dieses Wandern in immer neue Armutsländer, wo man noch Surplus und Profit machen kann – dazu ist man gezwungen. Doch jetzt ist der Punkt erreicht, an dem keiner mehr da ist, der die neuen Profite einbringt.

Vor welcher politischen Aufgabe oder Organisationsform steht die Linke gerade? Warum ist die Linke organisatorisch in einer Sackgasse, wie du es eingangs beschrieben hast? Was ist die Aufgabe?

Also ich kann nicht die Linke generell einschätzen. Ich bin 1991 aus der damaligen SED/PDS/DIE LINKE ausgetreten, weil ich für die Neugründung einer Partei war. Es gab damals den großen Streit: Neugründung oder Fortführung? Das Hauptargument gegen die Neugründer war, dass man das Geld der SED mitnehmen müsse, denn „nur das Geld steht im Kapitalismus zwischen den Linken und den Kapitalisten“. Nach dem Motto: Ohne Geld könnten wir nichts ausrichten. Meine Position dazu war, dass man mit dem Geld auch das „Bluterbe“ der stalinistischen Tradition übernehme und dass so keine richtige Abrechnung mit dieser Tradition machbar ist. Deshalb bin ich damals ausgetreten. Ich möchte eine Sache zum Parteiprinzip und zum Unterschied zwischen dem Lenin'schen und Stalinistischen Parteiprinzip sagen. Ich habe

mal unter meinem früheren Lehrer, Herrn Professor Dieter Wittich, zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten von zweierlei Leitungsprinzipien geforscht: und zwar dem demokratischen Zentralismus und dem Führerergolfschaftsprinzip. Damit wurde natürlich die SED mit der NSDAP verglichen. Sowa war bei uns im Lehrstuhl trotzdem machbar.

Mit dem Stalinismus ist letzten Endes das Führerergolfschaftsprinzip eingeführt worden. So etwas darf nie wieder passieren. Wenn die Partei eine soziale, revolutionäre Funktion haben soll, muss sie demokratisch organisiert sein! Nicht nur nach der Benennung, sondern es geht um eine tatsächlich existierende Parteidemokratie von unten nach oben, mit Rechenschaftslegung von oben nach unten und ständiger Absetzbarkeit.

Allerdings hängt das auch immer von den Rahmenbedingungen ab, unter denen eine Partei arbeiten muss – und hier breche ich eine Lanze für Lenin. Denn eine Partei, die in der Illegalität arbeitet, hat andere Herausforderungen als eine, die in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen arbeitet. Deshalb ist der erste Kampf, den wir heute führen müssen, der für die Erhaltung der Demokratie. Auch gegen einen coronabedingten Abbau. Es ist wichtig, diese Errungenschaft zu erhalten und sie nicht einfach wegzuschmeißen. Unter den Bedingungen der Illegalität ist eine Partei weitaus schneller in der Gefahr, diktatorische Formen anzunehmen, ganz unabhängig davon, ob das gewollt ist oder nicht. Dazu muss man auch sagen, dass die junge Sowjetunion nicht gerade von Freunden umgeben war.

Die Bewahrung des demokratischen Grundprinzips wäre also das Erste. Das Zweite wäre, dass die Linke weltanschaulich offen sein muss. Sowohl die NSDAP als auch die kommunistische Bewegung gelten als sogenannte „Weltanschauungsparteien“. Eine Linke muss weltanschaulich offen sein, basierend auf einem Grundkonsens, der sich in einer Diskussion herstellt und auf humanistischen Grundprinzipien beruht, wie Menschenrechte, Freiheit von Rassen und diesem ganzen Blödsinn, aber eben auch Freiheit von Klassenunterschieden. Völlig unabhängig davon, wo du geboren bist, ob dein Vater Bankbesitzer oder Arbeiter war, du bist deshalb nicht besser als der Andere. Entscheidend ist dann letztlich deine eigene Tat und nicht deine Herkunft. All diese feudalistischen Formen müssen aus den Parteien herausgehalten werden. Denn das schlimme ist ja, dass die kommunistische Bewegung in diesen Punkten teilweise hinter die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie zurückgefallen ist.

Was bedeutet Stalinismus heute? Gibt es ihn noch? Wie drückt sich das aus und welche Rolle spielt er heutzutage in der Linken?

Stalinismus gibt es in ganz verschiedenen Formen. Ich weiß nicht, ob es das heute noch auf der Linken gibt. Dafür kenne ich sie zu wenig. Aber mich macht es manchmal

sehr traurig, wenn vermeintliche oder tatsächliche Linke meinen, den Diskurs mit Andersdenkenden ablehnen zu müssen. Denn dahinter steht im Grunde immer die Meinung: „Wir sind mit einer größeren Wahrheit ausgerüstet als ihr“, um nicht zu sagen: „Die absolute Wahrheit haben wir“. Dass das für die sozial verändernde Tätigkeit der Linken schädlich ist, kann man negativ heute daran erleben, wie die offiziellen Medien anfangen zu spalten und zu schreien, wenn sich ein größeres Bündnis an Leuten zusammenfindet. Also habt keine Angst, auch mit Leuten zu sprechen, denen man sonst was nachsagt. Sprechen kann man immer. Im Grunde genommen ist nämlich eine These von Marx eingetreten: Es gibt heute fast nur noch Proletarier und Bourgeois. Ja auch der Herr Professor ist im Grunde genommen bloß ein Proletarier, er weiß es nur nicht. Und die Leute, die uns mehr oder minder beherrschen oder die ökonomische Macht in den Händen halten, werden auch immer weniger. Die objektiven Bedingungen sind da. Man darf sich nicht spalten lassen.

Wie steht es um die Perspektive einer emanzipatorischen Linken?

Ich weiß es wirklich nicht. Ich kann da nur hoffen.

Bist Du selbst irgendwo engagiert?

Ich bin Philosoph, also ich versuche es zu sein und ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich es mit meinem Beruf nicht für vereinbar halte, in irgendeiner Partei mitzumachen. Aber das ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite gehört zu meiner Verantwortung als berufener Philosoph, der dafür sogar Geld kriegt, sowohl die historischen als auch die systematischen Erfahrungen der Menschen, die versuchen eine Freiheitsgesellschaft herzustellen, zu bewahren und weiterzugeben. Das ist mein Engagement. Was ich jetzt nicht mitrechnen will, ist, wenn ich bei einer Demo oder einem Streik mitmache. Auch nicht, dass ich die Gewerkschaftsidee unterstütze und propagiere oder als Vertrauensdozent der Gewerkschaft tätig bin. Obwohl ich in letzter Zeit oft zweifle, ob ich das weitermachen sollte, weil die Gewerkschaften bundesdeutsch, soweit ich sie kenne, eher sehr konservativ eingestellt sind, also dieses System mehr oder minder doch sehr unkritisch betrachten. Aber das sind alles alte Probleme, die kann man schon ab den 1940er-Jahren im Trade-Unionismus-Diskurs verfolgen. Also wenn man das Engagement nennt, dann ist es so.

Hast du dich jemals in der ganzen Zeit seit 1989 anders als in den genannten Dingen politisch engagiert?

Nein, das habe ich nicht mehr. Erstmal weil ich nach 1989 selbst orientierungslos und geschockt war, aber auch weil ich der festen Überzeugung bin, dass in dieser Zeit, in der ich lebe, vor allem seit 1989, erstmal theoretisch gearbeitet werden muss. Daran habe ich die letzten 20 Jahre laboriert. Das fing damit an, erstmal alle Marx-Werke innerhalb von drei Wochen nochmal zu lesen und

das Ganze dann auf 20 Seiten zu verdichten, danach bin ich in die Psychotherapie gegangen und als ich zurückkam, habe ich drei Jahre nichts mehr lesen können und habe die Seminare aus dem Kopf abgehalten. Aber ich muss ehrlich sagen, ich hatte auch Schuldgefühle. Ich war ja in der DDR durchaus in erziehender Funktion tätig und hatte richtig Schuldgefühle, dass ich da Menschen vielleicht falsch geleitet habe.

Ostdeutschland ist ja im Zusammenbruch nach der Wende noch vergleichsweise gut davongekommen. Der Klassengegner war nicht so schlimm, wie wir dachten. Nebenbei ist es eine wichtige Erfahrung, dass es in allen Situationen auch so etwas wie allgemeine menschliche Regungen gibt, unabhängig davon, auf welcher Seite man steht. Ich bin heute den vielen normalen westdeutschen Steuerzahlern natürlich dankbar dafür, was sie für den anderen Teil Deutschlands geleistet haben. Ich halte nichts von dieser „Wessi-Ossi-Diskussion“, das ist absoluter Blödsinn. Es haben sich natürlich viele Wessis unheimlich bereichert, aber das ist nicht die Masse gewesen, sondern die Leute, die schon immer reich waren, und ein paar Ossis haben sich nebenbei auch gut bereichert.

Um zu der Frage zurückzukommen, eine kleine Anekdote: Ich habe vor kurzem einen Brief an einen Freund geschrieben, den ich damit vielleicht etwas verärgert habe. Ich habe in dem Brief Gregor Gysi zitiert, der 1989, als Bärbel Bohley und andere ihn besuchten und ihn um die Auflösung der SED baten, geantwortet hat, dass er das „der Partei von Rosa und Karl nicht antun“ könne. Damals war ich sehr stolz darauf. Jetzt habe ich im Brief an meinen Freund geschrieben: „Aber herausgekommen ist eine Partei, die mich an Noske und Scheidemann erinnert und von DIE LINKE in DIE OPPORTUNISTEN umbenannt werden sollte.“ Das war meine Antwort auf die Coronapolitik, die vorgeblich alternativlos ist und zu der unsere Kanzlerin im Bundestag überhaupt keine Anfragen bekommen hat. Da war ich sehr enttäuscht. Andererseits halte ich von der KPD und MLPD auch nicht viel und von Antideutschen überhaupt nichts. Die westdeutsche Linke, die nach 1989 zunächst nach Ostberlin hereingebrochen ist, zeichnet sich meines Erachtens dadurch aus, dass es oft genug „Bourgeois-Söhnchen“ waren, die in der sozialen Hängematte groß geworden sind und keine Not und kein Elend gekannt haben. Vielleicht tue ich ihnen Unrecht und dann bitte ich um Verzeihung, aber das war und ist mir fremd, das muss ich ehrlich sagen. Vielleicht bin ich dafür zu sehr Leninist. Ich halte nebenbei auf Lenin als Politikwissenschaftler ganz große Stücke; ich habe seine Revolutionstheorie drauf und halte sie nach wie vor für eine ganz wichtige Sache.

Wie steht es um die Philosophie heute? Wie schätzt du das Verhältnis des Zustands der Philosophie zu einer emanzipatorischen Linken ein?

Ich halte den Zustand für eine Katastrophe. Sowohl was die Philosophie als auch was die emanzipatori-



Auf dem 1. Parteitag der PDS am 24. Februar 1990 in Berlin wird ein neues Programm und ein überarbeitetes Statut verabschiedet.

sche Linke anbelangt. Die Linke ist theorielos und das betrifft sowohl eine allgemein philosophische Theorie als auch eine politökonomische Theorie. Politische Ökonomie gehört für mich zur Philosophie bzw. zur weltanschaulichen Theorie. Philosophie ist nicht Weltanschauung, aber sie ist weltanschauliche Theorie. Was die offizielle akademische Philosophie betrifft, ist der Zustand, gerade im Hinblick auf die Politische Philosophie, genauso katastrophal. Ich glaube wir sind nach 1989 in ein anderes Extrem hineingefallen. Wir haben uns seinerzeit zu sehr mit der Politik ins Bett gelegt und uns dadurch automatisch Scheuklappen angelegt. Heute legt man sich wieder Scheuklappen an, allerdings aus Bequemlichkeit, indem man mehr oder minder einem Positivismus frönt.

Der Positivismus, das wissen wir seit Adorno, ist eine Philosophie, die die Rahmenbedingungen, unter denen wir leben, einfach akzeptiert und dann anfängt, die Mechaniken technisch zu berechnen, in welchen diese Rahmenbedingungen ausgeführt werden. Das wird so nicht mehr weitergehen. Wir stehen in der Philosophie seit Jahren vor einer theoretischen Revolution oder sitzen mittendrin. Das ist keine innertheoretische Revolution, denn sie hängt mit der Gesamtkrise des Liberalismus zusammen. Das wird für die Philosophie, den Philosophen wie auch für die Philosophieausbildung eine Veränderung bedeuten. Die wird dann über diese enge, beschränkte, auf einzelne Schulen hinauslaufende Ausbildung hinwegfegen. Und das wird Gott sein Dank so sein!

Du hast gerade über eine Krise des Liberalismus gesprochen. Glaubst Du, diese wird auch eine Auswirkung auf die Linke heutzutage haben? Wenn ja, inwiefern?

Ja natürlich. Die Linke muss sich neu formieren. Und sie muss sich vor allem die Frage stellen, was es heißt, links zu sein - und diese Frage ist sehr unklar! Ich würde eine Antwort geben: Es geht um soziale Emanzipation und die hat Marx mal mit dem Ausdruck der „allgemein

menschlichen Emanzipation“ beschrieben. Das ist der Ansatz, mit dem wir beginnen müssen. Das betrifft die Bewegung für Geschlechtergerechtigkeit bis hin zum Natur-Mensch-Verhältnis. Der neue Mensch ist gefragt. Die neue Menschheit. Das ist die optimistische Hoffnung. Es gibt aber auch genügend Anzeichen dafür, dass wir es

nicht schaffen, dass wir es verspielt haben. Eines darf man nicht außer Acht lassen: Alles, was „Geschöpf“ ist, und das ist der Mensch, geht möglicherweise mal unter. Diese Alternative hat Marx ja schon angenommen. Ich hoffe, das wird nicht der Fall sein. |P

DIE FRÜHEN ANTIDEUTSCHEN UND DIE ARBEITERKLASSE

von Max Hörügel

Die Zeit um die deutsche Wiedervereinigung war eine Zeit des allgemeinen Niedergangs aller Organisationen links der SPD. Der Zusammenbruch des Ostblocks und die hilflose Unfähigkeit der deutschen Linken, die Wiedervereinigung theoretisch einzuordnen und dadurch wirkungsvoll auf sie reagieren zu können, führte zu Massenaustritten, Organisationsauflösungen und einer raschen Depolitisierung weiter Kreise vormals kommunistischer Aktivisten. Die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) etwa, die 1986 noch ca. 57 000 Mitglieder hatte, schrumpfte auf wenige Tausend Genossen zusammen. Auf der Ebene von Mitgliederzahlen und der gesellschaftlichen Relevanz radikaler linker Positionen erschien der damaligen deutschen Linken die Zeit nach der Wiedervereinigung als einer der größten Krisenmomente ihrer Geschichte.¹ Zugleich aber weckte der Zusammenbruch und die Eingliederung des realsozialistischen Staates auch Optimismus; so sprach die Studentenorganisation der DKP von einer „historisch einmaligen Chance zur Erneuerung des Sozialismus“ und die trotzkistische *Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation* sah im Unmut der DDR-Bevölkerung die Möglichkeit einer „Einheit der deutschen Arbeiterklasse“.² Der Anfang der 1990er kann also durchaus begriffen werden als ein Entscheidungsmoment für die spätere Entwicklung der deutschen Linken. Denn in diesem Moment wird sie schockartig durch den Zusammenbruch vorheriger (geopolitischer) Bezugssysteme dazu gezwungen, sich zum untergegangenen Realsozialismus, der ausgebliebenen Revolution in der BRD und damit zur eigenen Geschichte und Praxis ins Verhältnis zu setzen. Außerdem wäre es durch das Ende des Kalten Krieges möglich gewesen, nüchtern über diese Geschichte und die realsozialistischen Regime nachzudenken, weil dieses Nachdenken nicht mehr von vornherein in ein einseitiges „für oder gegen die Sowjetunion“ eingeordnet hätte werden müssen.

In diesem potenziellen Entscheidungsmoment bildete sich in den Organisationsgruppen der beiden Demonst-

rationen „Nie wieder Deutschland“ bzw. „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ (am 12. Mai bzw. 3. November 1990) und im Auflösungsprozess des maoistischen *Kommunistischen Bunds* mit den Antideutschen auch tatsächlich eine neue linke Kraft heraus. Die Antideutschen schienen vielversprechend, da sie offenbar in immer fundamentalere Differenz zur Restlinken gerieten und (u.a. durch ihre Wiederentdeckung der Frankfurter Schule) den Anschein gaben, als wären sie die benötigte kritische Kraft, um den historischen Moment zu nutzen und die Neuausrichtung und Rekonstitution der revolutionären Linken anzustoßen.

Dies ist aber nicht geschehen. Der Moment potenzieller linker Selbstbesinnung ist ungenutzt verstrichen und anstatt sich aus den vereinseitigenden Spaltungen der vorherigen Linken herauszuarbeiten, haben die Antideutschen die Fragestellung, was die Linke ist und wie sie aus ihrer Krise herauskommt, nur weiter verdunkelt. Warum aber haben die Antideutschen nicht zur Rekonstitution einer revolutionären sozialistischen Linken führen können? Meine These, die ich in diesem Artikel erläutern will, ist, dass die Antideutschen schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren. Bereits Jahre vor der Positionierung im Jugoslawien- und später im Irakkrieg und noch vor der Spaltung der deutschen Linken in ein Pro-Israel- und ein Pro-Palästina-Lager hatten die Antideutschen ihre mögliche Rolle im Wiederaufbau der Linken verspielt. Ihre Kritik blieb eine Kritik an Symptomen: der linken Verachtung der Moderne, der manischen Beschäftigung mit dem verhassten Westen und der Überidentifizierung mit den vermeintlich autochthonen, nun aber unterdrückten Völkern der Dritten Welt. Die Antideutschen kritisierten diese falschen Vereinseitigungen, in denen die Linke sich unter dem Deckmantel des revolutionären Pathos in die Rechte verwandelt hatte. Sie erkannten jedoch nicht, wie all diese Erscheinungen im Wesentlichen Ausdrücke davon waren, dass die revolutionäre Linke sich von ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet hatte. Diese war und ist noch immer, die

Arbeiterinnen zum bewussten gesellschaftlichen Akteur zu konstituieren und diesen Bewusstwerdungsprozess, den Klassenkampf, in Richtung des Sozialismus anzuführen. Für die Antideutschen blieb dieses wesentliche Problem, dass der revolutionären Linken ihr eigener Zweck unverständlich geworden war, im Dunkeln. Ich argumentiere im Folgenden dafür, dass sie diesen Kern des Problems der Linken notwendigerweise nicht sehen und damit die historische Möglichkeit zur Selbstbesinnung nicht nutzen konnten. Denn gerade die zentralen Auffassungen der Restlinken in Bezug auf die Arbeiter übernahmen die Antideutschen unbewusst und führten sie auf verdrehte Weise weiter, indem sie versuchten, das Problem der Arbeiterklasse ganz von sich zu weisen.

Die beiden Auffassungen, die ich hier untersuche, einerseits eine von Mao und Marcuse informierte Randgruppen- und Privilegientheorie, die ich in Anlehnung an Mike Macnair als *Soft Maoism* bezeichne und andererseits die sogenannte Massenlinie, sind Sedimentschichten des Marxismus des 20. Jahrhunderts, die sich auf dem ideologischen Grund der damaligen deutschen Linken abgelagert hatten. In ihrem Ursprung beide maoistisch, wurden sie von der Neuen Linken bruchstückhaft übernommen und regredierten unter diesen Bedingungen weiter. Ich werde nun beide Konzepte vorstellen, um am Ende zu zeigen, inwiefern sie für die Antideutschen die Einsicht in die Aufgabe der Linken und damit deren Rekonstitution verhinderten.

SOFT MAOISM UND RANDGRUPPENTHEORIE

Mike Macnair zeigt in seinem Artikel *Intersectionalism, the highest Stage of Western Stalinism*³, dass die Ursprünge der Privilegientheorie, wie sie heute in der Linken verbreitet ist, im Maoismus der 1960er-Jahre liegen. Spezifischer in dem, was er *Soft Maoism* nennt, also in der westlich-studentischen Version des chinesischen Maoismus. Die Privilegientheorie ergibt sich für Macnair aus einer falschen Lesart von Lenins Imperialismus-Pamphlet, bei der dem Argument von der Arbeiteraristokratie zu viel Gewicht beigemessen würde. Lenin versucht zu erklären, wieso gerade die bessergestellten Arbeiter zum opportunistischen Sozialchauvinismus neigen, und verknüpft deren politische Korruption mit ihrer durch das Kapital vermittelten Teilhabe an der Beute der Imperialmächte.⁴ Nach Stalins Tod und dem Bruch mit der Sowjetunion bläst der Maoismus diese Überlegung zu einem manichäischen Gegensatz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten auf, der auf die globalen Machtverhältnisse projiziert wird: Hier die opportunistischen, von der KPdSU im Griff gehaltenen Massengewerkschaften und das korrumpierte, weil privilegierte, weiße Proletariat in den kapitalistischen Zentren. Und dort die unterdrückten Völker der Dritten Welt und die Bauern, die gegen die imperialistischen Nationen als neues revolutionäres Subjekt in Stellung gebracht werden müssen, weil das westliche Proletariat diese Rolle verspielt habe.



Unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ ziehen am 3. November 1990 etwa 8 000 Menschen durch Berlin.

Für die Neue Linke erschien diese Einteilung in den 1960er-Jahren schlüssig: In den Industriestaaten, wo sie sich hauptsächlich formierte, stand ihr eine scheinbar völlig in Konsum- und Massengesellschaft integrierte Arbeiterklasse und oft ein monolithischer, stalinistischer oder sozialdemokratisch-opportunistischer Gewerkschaftsblock gegenüber. Aus dieser Situation heraus heroisierte die Neue Linke jede Erhebung in der Dritten Welt und überidentifizierte sich mit allen möglichen selbsternannten antiimperialistischen Kräften, auch weil sich in dieser Identifikation ein Ventil finden ließ, den in der verstellten Praxis angestauten, revolutionären Tatendrang abreagieren zu können. Zugleich bildete Marcuses Randgruppentheorie die theoretische Unterfütterung für die Neue Linke, sich auch in den nicht bäuerlichen, nicht kolonisierten, sondern imperialistischen Heimatländern auf die Suche nach neuen revolutionären Subjekten zu begeben. Marcuse argumentiert im letzten Teil seines 1964 erschienenen Buches *Der eindimensionale Mensch*⁵, dass die traditionelle Art von Politik „unwirksam – vielleicht sogar gefährlich“ geworden sei, weil sie an der Idee der Volkssouveränität festhalte. Unter den „totalitären Tendenzen der eindimensionalen Gesellschaft“ sei die „Volksbasis“ allerdings „konservativ“, das Volk zum „Ferment gesellschaftlichen Zusammenhalts“ geworden.⁶ Die Arbeiterklasse ist nach Marcuse „zur Stütze der herrschenden Lebensweise geworden“ und ihr „Aufstieg zur Kontrolle“ würde die Herrschaft und Unterdrückung „nur verlängern“.⁷ Marcuse zufolge war die neue oppositionelle, revolutionäre Kraft demnach das „Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und die Arbeitsunfähigen“. Ihre Opposition treffe „das System von außen“ und werde „deshalb nicht durch das System abgelenkt“.⁸ Den am meisten Unterdrückten, die Marcuse zufolge außerhalb des Systems stehen und qua dieser externen Position berufen seien, die Revolution ins Innere bzw. ins Zentrum der Gesellschaft hineinzutragen, stellt er eine scheinbar völlig integrierte, in das Volk aufgelöste Arbeiterklasse gegenüber. Diese Gegenüberstellung erinnert an die maoistischen Konzepte des

revolutionären Charakters der Dritten Welt („Third World First“) und die „Umstellung der Städte“ durch die Bauern als eigentlich revolutionärer, weil außerhalb kapitalistischer Verformung stehender Klasse.

Dieser Logik folgend werden allen möglichen Randgruppen und Minoritäten von der Neuen Linken systemtranszendierende Bedürfnisse oder besondere revolutionäre Energien unterstellt. Hier ist auch der Ausgangspunkt einer Privilegien-Theorie, die gesellschaftliche Akteure nach dem Grad ihrer Privilegierung bzw. Unterdrückung einteilt. Die westliche, weiße Arbeiterklasse, besonders deren bessergestellter Teil, inkorporiert in dieser Logik Privilegien gegenüber den Ausgeschlossenen und (scheinbar) Nichtintegrierten.

Die hauptsächliche gesellschaftliche Randgruppe, die sich die Neue Linke als neues revolutionäres Subjekt auserkoren hatte, waren die Heimkinder. Von 1965 bis Ende der 1960er wurden sie von den Studentinnen bei Ausbrüchen aus den Kinder- und Jugendheimen unterstützt. Viele wurden daraufhin in die Kommunen und Wohnprojekte der Studenten aufgenommen. Jedoch zeigte sich immer mehr, dass das Projekt, diese Randgruppe in Kämpferinnen für den Sozialismus zu transformieren, zum Scheitern verurteilt war. Die Heimkinder zeigten sich oft unfähig, ihre neue Freiheit in revolutionäre Bahnen zu lenken und glitten stattdessen in Kriminalität oder die großstädtischen Subkulturen ab.⁹ Neben der Frustration durch die Situation mit den Heimkindern sorgten schließlich zwei weitere Entwicklungen für eine Abkehr von der Randgruppentheorie: die ab September 1969 einsetzende Welle von wilden Streiks in der BRD, die die Theorie der völligen Integration der Arbeiterklasse zu widerlegen schien, und der Zerfall der Studentenbewegung und des SDS angesichts der Stockung des Kampfes an den Universitäten.¹⁰ Auf der sogenannten „Randgruppenkonferenz“ im Februar 1970 wurde die Randgruppentheorie schließlich von den allermeisten Gruppen fallengelassen.¹¹

DIE MASSENLINIE UND DIE K-GRUPPEN

Im Verlauf dieser Entwicklung schlug die Ausrichtung der Linken in Bezug auf die Arbeiterklasse völlig um: Besonders die maoistischen „marxistisch-leninistischen“ K-Gruppen übernahmen nun die Massenlinie, eine von Mao aus dem stalinistischen Proletkult übernommene Auffassung, die über die Mao-Lektüre bzw. die maoistische Lesart von Lenin in die deutsche Linke Eingang fand. Für diesen anderen Strang des Maoismus sind die Massen latent immer schon auf der Seite des Sozialismus: „Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht. [...] Die wahren Helden sind die Massen, wir selbst aber sind oft naiv bis zur Lächerlichkeit.“, verkündet Mao. Und:

In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus. Jene Leute, die sich in revolutionären Zeiten nur

im gewohnten Trott bewegen können, nehmen diesen Drang gar nicht wahr. Sie sind blind, vor ihren Augen ist nichts als Finsternis. Manchmal versteigen sie sich sogar dazu, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und aus weiß schwarz zu machen.¹²

Weil die Massen aber selbst eigentlich schon sozialistisch seien, stelle die größte Gefahr für die Revolutionäre bzw. die Führer der Massen dar, sich von den Massen zu entfremden. Immer wenn also eine Forderung der Revolutionäre den Massen zuwiderlaufe, könne sie nicht sozialistisch sein:

Der Grund, warum üble Erscheinungen wie Dogmatismus, Empirismus, Kommandoregime, Nachtrapolitik, Sektierertum, Bürokratismus, Überheblichkeit in der Arbeit unbedingt schädlich und unzulässig sind und warum die Menschen die Übel, an denen sie krank, unbedingt überwinden müssen, liegt darin, daß diese Übel uns von den Massen loslösen.¹³

Die Revolutionäre müssten sich also dem Massenstandpunkt, der Massenlinie unterordnen, mit der Masse verschmelzen, *in ihr schwimmen wie ein Fisch im Wasser*. Dafür, so die Überlegung der K-Gruppen, müssen die neuen Kader bedingungslos mit ihrer kleinbürgerlichen Vergangenheit in der Studentenbewegung brechen, sie müssen selbst zu Proletariern werden, um bei der Agitation vor den Fabrikatoren erfolgreich zu sein.¹⁴ Die maoistischen Kader versuchten in der Folge, eine von ihnen idealisierte proletarische Lebensweise zu übernehmen: Sie hörten auf, lange Haare, Miniröcke und Schlaghosen zu tragen, sondern kleideten sich „proletarisch“, lauschten „proletarischen“ Gesangsgruppen mit ihrer kitschigen Neuauflage von Arbeiterliedern, statt zu Rock- oder Beatkonzerten zu gehen und fingen wieder an, „in geordneten Wohnverhältnissen zu leben. Am besten angesehen war das gemeinsame Wohnen mit Ehepartner (und Kindern), ein Modell, das als ‚proletarische Familie‘ idealisiert wurde.“¹⁵ Insgesamt hochgehalten wurden die angeblich proletarischen Ideale von „Sauberkeit, Ordnung, Arbeitsfreude und Sittlichkeit“.¹⁶ Diese Neupositionierung der Neuen Linken ist augenscheinlich eine 180-Grad-Drehung, erinnert man sich daran, dass das Proletariat, das Volk und die Massen einige Jahre zuvor als revolutionäres Subjekt noch abgeschrieben waren, wie auch hellstichtigere Zeitgenossen damals bemerkten: „Das ideologische Freibeutertum der antiautoritären Studentenschaft“, schreibt etwa Fritz Kramer im *Roten Forum*,

schlägt tendenziell um in Dogmatismus und Pietät, der Antikommunismus in Stalinismus, die Organisationsanarchie in angebliche „proletarische Disziplinierung“, auf die Verachtung des Arbeiters folgt die Apotheose des Proletariats.¹⁷

In Deutschland hatte aber die „Verachtung des Arbeiters“ durch die Neue Linke ursprünglich noch andere, antifaschistische Untertöne. Für diese hatten sich die

Arbeiterinnen nicht nur desavouiert, weil sie sich in die verblende Spaß- und Konsumgesellschaft des Spätkapitalismus integrieren lassen und weil sie vom westlichen Imperialismus profitierten. Als spezifisch *deutsche* Arbeiter hatten sie vielmehr durch die Beteiligung am Nationalsozialismus und dessen Kriegs- und Vernichtungsprojekt ganz reell, vor aller Welt, jede moralische Integrität verloren. Auch und gerade deshalb fielen sie vor der Wendung zur Massenlinie als Hoffnungsträger für den Aufbau einer besseren, menschlichen Gesellschaft völlig aus. Die Heimkinder waren auch deshalb willkommene Surrogate, weil sie zu jung waren, um an der Naziherrschaft beteiligt gewesen zu sein. Diese *antifaschistische* Verachtung ist es, an die die Antideutschen in den 1990ern wieder anknüpfen und damit den Moment der Neuen Linken verzerrt wiederholen.

ANTIFASCHISTISCHE VERACHTUNG DER ARBEITER

Im Zuge des Mauerfalls und der Wiedervereinigung brach sich Anfang der 1990er ein lange Zeit ungekannter deutscher Patriotismus Bahn. Die Angst vor einem nationaltrunkenen Deutschland, das seine volle Souveränität wiedererlangt, trieb damals nicht nur die verbleibende radikale Linke in Deutschland um, sondern hallte überall in Europa wider. Dass aus dem erstarkenden deutschen Staat und dem patriotischen Taumel der Wiedervereinigung ein Viertes Reich hervorgehen könnte, war also keine bloße Paranoia linker Spinner, sondern erschien in diesem historischen Moment über politische und staatliche Grenzen hinweg plausibel. Doch im späteren Verlauf nahm diese Furcht in der antideutschen Linken immer weiter zu: Unter dem Eindruck ungehemmter Nazimobs und jubelnder Deutscher bei den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln identifizierten sie die BRD der Nachwendejahre mit der Weimarer Republik in den dreißiger Jahren und verstellten sich so eine nüchternere Analyse der innenpolitischen Machtverhältnisse.¹⁸ Doch es ist schon die Erfahrung der Wiedervereinigung selbst, in der sich die Antideutschen von der Massenlinie und damit von ihren ehemaligen maosistischen Bruderorganisationen abzusetzen versuchen. Denn, so die Überlegung, die Massen können gar nicht „immer Recht haben“, wenn sie sich offensichtlich in Ost wie West zu Handlangern für den Aufbau des befürchteten neuen Nazireiches machen. Von der Massenlinie will sich die entstehende antideutsche Linke vielleicht mehr abgrenzen als von jeder anderen Überzeugung der „alten“ Abspaltungsprodukte der Neuen Linken. Beispielhaft lässt sich hier der Aufruf zum Wahlboykott in der *Konkret* von 1990 anführen, in dem es heißt:

In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitgeist als nüchterne Realpolitik darstellt [...] und in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, halten wir es für notwendig, von „Massenfreundlichkeit“ als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied zu nehmen. Wir betrachten es im Gegenteil als unsere Aufgabe, klar

und kompromißlos gegen den Nationalismus auch in der Bevölkerung Front zu machen.¹⁹

Die „Massenfreundlichkeit“, also die Orientierung linker Politik an ihrer Anschlussfähigkeit an die Arbeiterinnenklasse wird über Bord geworfen, weil der „Zeitgeist“ „national“ geworden sei. Diese Haltung – die aus Angst vor dem Vierten Reich motivierte Absage an die Massen, weil diese rechts geworden seien – kulminiert bei den Antideutschen in die semi-essentialistische Projektion *des Deutschen*, wie etwa bei Jürgen Elsässer, dessen Text *Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss* Jan Gerber, Mitglied der Bahamas-Redaktion, als einen der Grundlagentexte der Antideutschen bezeichnet und in dem es heißt, die Deutschen seien

für nationalistische Politik in ihren schlimmsten Spielarten anfälliger als andere Völker, so daß die Massenbasis für aggressive rassistische und nationalistische Politik hierzulande größer ist.²⁰

An anderen Stellen wird das Datum des endgültigen Scheiterns des Proletariats als revolutionäres Subjekt von den Antideutschen mit dem 20. Januar 1942, also der Wannseekonferenz, angegeben. Im Vernichtungsprojekt Hitlerdeutschlands zeige sich die völlige Integrierbarkeit der Arbeiterklasse in die schlimmsten Grausamkeiten. Deshalb, und in diesem Beispiel wird der Kurzschluss vielleicht am deutlichsten, sei die Arbeiterklasse als Bezugspunkt für linke Politik für immer ausgefallen, wie etwa Joachim Bruhn schreibt:

Nach der Wannsee-Konferenz ist jede Rede vom Klassenkampf nur Beschönigung und Verdrängung der Geschichte. [...] Die kommende Revolution kann keine mehr der Arbeiterklasse sein, keine des proletarischen Interesses.²¹

Die Antideutschen verwandeln das Scheitern der Linken, die Arbeiterklasse zum Sozialismus zu führen, in die moralische Verdorbenheit der (deutschen) Arbeiterinnen selbst. Die Geschichte, wie sie geschehen ist, wird von ihnen fatalistisch akzeptiert, indem für sie die Massenpolitik der Alten Linken, das heißt Klassenkampf und proletarisches Interesse, indirekt aber doch notwendigerweise nach Auschwitz führen mussten. Denn wenn es niemals eine sozialistische deutsche Sowjetrepublik hätte geben können, weil die Deutschen in ihrem Wesen zu nationalistisch sind, dann ist es von vornherein ausweglos, nach den Bedingungen der Möglichkeit dieser politischen Revolution zu fragen.

Die Machtübernahme der Nazis ist allerdings eben kein zwingendes Resultat der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vor dem Scheitern der Weltrevolution lag in der realen historischen Arbeiterinnenbewegung die Möglichkeit von sozialistischer Befreiung ebenso wie von faschistischer Barbarei. Dass die Massen, das Volk bzw. auch das Proletariat schließlich Hitler unterstützten (dessen Wählerschaft bekanntlich vor allem aus dem

deklassierten Kleinbürgertum stammte), ist nicht überhistorisch erklärbar, sondern nur aus den realen politischen Fehlern, die die Führung der Arbeiterbewegung beging, namentlich die Sozialdemokratie und der Stalinismus. „Hitlers Umsturz“ wird, wie Trotzki schreibt, nur wirklich verstehbar als „das Schlußglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen“; er stand keineswegs von vornherein fest, sondern war der Abschluss einer „Ära der Konterrevolution“, die mit dem Scheitern der deutschen Revolution 1918 eingeleitet wurde.²²

Die „Ära der Konterrevolution“, die sich seitdem fortgesetzt hat, erscheint aber den Antideutschen eben nicht als Resultat des Problems sozialistischer Führung, sondern als fortlaufende Zerstörungstat einer Arbeiterklasse, die sich kontinuierlich weigert, sich selbständig auf die richtige Seite der Geschichte zu stellen. Ebenso wie die Neue Linke mit der Randgruppenstrategie, suchen deshalb auch die Antideutschen Anfang der 1990er nach einem neuen Bezugsrahmen für ihre politischen Interventionen und finden eine Neuausrichtung an „in der BRD lebende[n] ImmigrantInnen, an [den] als ‚undeutsch‘ oder ‚anomal‘ diskriminierten Minderheiten wie auch an [der] linke[n] und linksbürgerliche[n] Weltöffentlichkeit.“²³ Die Minoritäten und Ausgeschlossenen sollen hier aber schon nicht einmal mehr die Gesellschaft verändern, sondern nur im bloßen Widerstand gegen das „neue Deutschland“ vereint werden: Aus dem noch hoffnungsvollen neuen revolutionären Subjekt der Neuen Linken wird bei den Antideutschen viel mehr eine bloße Widerstandskraft gegen die nationalistischen Verschiebungen der Zeit. Konsequenterweise verengt sich auch der Horizont gesellschaftsverändernder Politik: Die neue „Utopie“, so schreibt Elsässer in seinem Artikel, ist die

Zerstörung des deutschen Staates und seine Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie [die] Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft. Für diese Utopie und für diese Politik werden sich Menschen engagieren, deren Feindbild der deutsche Nationalismus ist, nicht unbedingt das Kapital.²⁴

Motiviert als Reaktion auf den grassierenden Nationalismus in den 1990ern vollziehen die Antideutschen damit den dritten Totalumschlag der deutschen Linken in Bezug auf die Arbeiterinnen: Vom stalinistischen Proletkult und dem Massen- und Fortschrittsvertrauen der opportunistischen Alten Linken zur Absage an das Proletariat und dem Aufkommen der Randgruppenstrategie in der Neuen Linken. Dann von der offensichtlich fruchtlosen und frustrierenden Randgruppenstrategie zur Massenlinie der K-Gruppen und schließlich durch die Antideutschen wiederum weg von der Massenlinie zur antifaschistisch motivierten, gänzlichen Loslösung vom Klassenkampf und dem „proletarischen Interesse“.

Anfang der 1990er stehen sich damit in der deutschen Linken zwei Stränge des Maoismus gegenüber: Einerseits die maoistische Massenlinie und andererseits der *Soft Maoism*. Es ist offensichtlich, dass beide Seiten ideologische Pole einer Hypostasierung der Arbeiterklasse sind: Die Arbeiter und Arbeiterinnen, auch die deutschen, sind freilich *an sich* weder revolutionär noch konterrevolutionär, sondern potenziell beides, eben weil ihr „proletarisches Interesse“ nicht kohärent, sondern selbstwidersprüchlich ist: Einerseits erwächst ihrer sozialen Lage permanent eine verdrängte innere Auflehnung gegen die Uneingelöstheit des bürgerlichen Glücksversprechens und ein untergründiger Wunsch nach Freiheit; andererseits verhärtet die Reaktion auf diese soziale Lage in ihnen einen psychischen Apparat, der die Möglichkeit des Glücks verneint, indem er dessen Erfüllung auf die *Anderen* projiziert und an ihnen bekämpft, was der Arbeiter sich selbst nicht zugestehen darf: Der Immigrant, der Schwarze und der Homosexuelle werden gehasst wegen ihrer angeblichen sexuellen Libertinage und Potenz, die Frauen, weil sie vermeintlich eine zwischenmenschliche Zärtlichkeit zeigen, die die männlichen Arbeiter gelernt haben, sich untereinander zu verweigern, der Jude wegen seiner scheinbaren Freiheit von körperlich und geistig zerstörerischer Fabrikarbeit sowie die Intellektuellen einerseits aus demselben Grund und andererseits, weil sie drohen, die verdrängten Wunden wiederaufzureißen, wenn sie von einem menschlicheren Zustand reden. Wilhelm Reich schreibt im Rückblick auf die stalinistische Politik der KPD:

Der Wirklichkeit hätte entsprochen, festzustellen, daß der durchschnittliche Arbeiter einen Widerspruch in sich trägt, daß er also weder eindeutig revolutionär noch eindeutig konservativ ist, sondern in einem Konflikt steht: seine psychische Struktur leitet sich einerseits aus seiner sozialen Lage ab, die revolutionäre Einstellungen anbahnt, andererseits aus der Gesamtatmosphäre der autoritären Gesellschaft, was einander widerspricht.²⁵

Wenn die antideutschen Linken empört waren, dass Teile der Massen den Angriffen auf Asylbewerberheime zujubelten, so zeugt diese Empörung von einem ursprünglich naiven Vertrauen in ebendiese Massen, das schmerzhaft enttäuscht wurde und von dem sich die restliche Linke andererseits so wenig lösen wollte, ganz gleich welche Unmenschlichkeiten die Massen auch begingen. Sowohl das naive Vertrauen in die Massen als auch die Empörung über sie sind also zwei Seiten derselben falschen Medaille.

DIE ENTMENSCHLICHUNG UND IHR GEGENTEIL

Dass die Proletarier keine Heiligen sind, war einer wirklichen, an Marx geschulten Linken hingegen immer

gegenwärtig. Denn nicht, „weil sie die Proletarier für Götter halten“ schreiben ihnen Marx und Engels in der *Heiligen Familie* die weltgeschichtliche Aufgabe zu, sich und die Gesamtgesellschaft zu revolutionieren, sondern

[v]ielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem Schein der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren [...] hat.²⁶

Die Arbeiterinnen sind also der zusammengefasste Ausdruck der Barbarei der kapitalistischen Verhältnisse. In ihnen zeigt sich am stärksten, wie sehr diese Verhältnisse die unter ihnen Befassten entmenschlichen. Zugleich wird es aber vom Blickwinkel dieser Entmenschlichung auch möglich, einzusehen, dass Proletariersein und Menschsein (im bürgerlich-emphatischen Sinn) sich gegenseitig ausschließen, dass überhaupt ein wirklich menschliches Leben in der Klassengesellschaft unmöglich ist. Außerdem war die Arbeiterklasse für den Marxismus nicht etwa interessant, weil sie sich außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft befand und von deren Einflüssen deswegen noch unbeeinflusst gewesen wäre. Sondern den Arbeiterinnen kommt gerade deshalb die Möglichkeit und die historische Aufgabe zu, die Gesellschaft zu übernehmen und zu führen, weil lohnabhängig zu sein mehr und mehr das Schicksal der ganzen Gesellschaft wird, weil also Arbeiterklasse und Gesellschaft mehr und mehr identisch werden. Das Bewusstsein der gesellschaftlichen Akteure ist nicht revolutionärer, je weiter sie vom gesellschaftlichen Zentrum entfernt sind, d.h. je mehr sie eine Randgruppe darstellen, die „das System von außen“²⁷ treffen könne. Im Gegenteil: Gerade weil die Arbeiter im Zentrum des verdinglicht-fetischistischen Tauschverhältnisses stehen, das die Gesellschaft (re)konstituiert, weil ihnen ihre Arbeitskraft als Ware und sie sich selbst als reines Ding gegenüberstellen, kann ihr (tatsächlich integriertes, verdinglichtes) Bewusstsein überhaupt ins Revolutionäre umschlagen: Jeder unmittelbare Kampf der Arbeiterinnen kann sie näher an die Selbsterkenntnis als Ware und damit zugleich an die Erkenntnis des Wesens der warenförmigen Gesamtgesellschaft heranführen. „Das Einzigartige“ der Lage der Arbeiterklasse, schreibt Lukacs,

beruht darauf, daß das Hinausgehen über die Unmittelbarkeit hier eine [...] *Intention auf die Totalität* der Gesellschaft hat; daß es [...] sich in einer ununterbrochenen Bewegung auf diese Totalität hin, also im dialektischen Prozeß der sich ständig aufhebenden Unmittelbarkeit befindet [Herv. im Orig.].²⁸

Dieser Bewusstwerdungsprozess, in dem sich die virtuell schon zum Proletariat gewordene Gesellschaft selbst erkennt, ist aber gerade nur möglich, weil die Arbeiter in die entmenschlichte Gesellschaft vollkommen eingegangen sind, anstatt ihren Rand zu bilden. Oder, wie

Adorno schreibt:

Entmenschlichung ist keine Macht von außen, [sie] ist gerade die Immanenz der Unterdrückten im System, die einmal wenigstens durch Elend herausfielen, während heute ihr Elend ist, daß sie nicht mehr herauskönnen [...]. Damit aber ist die Entmenschlichung zugleich ihr Gegenteil. An den verdinglichten Menschen hat Verdinglichung ihre Grenze. Sie holen die technischen Produktivkräfte ein, in denen die Produktionsverhältnisse sich verstecken: so verlieren diese durch die Totalität der Entfremdung den Schrecken ihrer Fremdheit und bald vielleicht auch ihre Macht. Erst wenn die Opfer die Züge der herrschenden Zivilisation ganz annehmen, sind sie fähig, diese der Herrschaft zu entreißen.²⁹

Das Leben der Arbeiterinnen ist also nichts, was an sich affirmierbar wäre, ihre Lebensumstände sind keine positive Vorwegnahme des wahren, ehrlichen Lebens im Sozialismus, wie der K-Gruppen-Kitsch impliziert hatte. Andererseits kann ihre Entmenschlichung ebenso wenig einseitig verachtet werden, um das Problem zu begraben. Dass die Massen oder die Arbeiterinnen Angriffe auf Asylbewerberheime bejubeln und eine nationalistische Wende vollziehen, sollte der Linken das Scheitern ihres Projekts bewusst machen. Das ist der Punkt, den die Antideutschen verpasst haben, in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen. Hätten die Antideutschen es vermocht, die einseitige Antinomie von Verachtung und Vergötterung der Arbeiterinnen aufzubrechen, hätten sie dahinter die politische Aufgabe erkennen können, die sich zu ihrer Zeit noch genauso aktuell stellte wie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts und heute: Den Klassenkampf anzuführen und die Arbeiterklasse darin zum bewussten Proletariat zu formen, das auch die Minderheiten und Ausgeschlossenen mit sich reißt und das schließlich den Staat übernimmt, um sich später, in der klassenlosen Gesellschaft, aufzulösen.

Ob die Antideutschen dieser Aufgabe selbst nähergekommen wären, steht auf einem anderen Blatt und wie diejenige Praxis heute aussähe, die die gesellschaftlichen Minoritäten gemeinsam mit der Arbeiterklasse als Ganzes unter sozialistische Führung bringt, ist fraglich. Wie diese sozialistische Führung organisiert sein würde, ist konkret ebenfalls noch nicht absehbar. Aber nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Ostblocks und dem Organisationszerfall der Abspaltungsprodukte der Neuen Linken wäre der Moment da gewesen, das Scheitern der Linken im 20. Jahrhundert rücksichtslos durcharbeiten, um sich aus den vereinseitigten Gegenüberstellungen dieses Jahrhunderts zu befreien. Dieses Durcharbeiten hätte vielleicht den Boden freigelegt für eine linke Kraft, die bereit gewesen wäre, diese Fragen in der veränderten historischen Situation anzugehen.

So aber verloren sich die Antideutschen in der Beschäftigungstherapie der Bewertung deutscher Außenpolitik, dem Nah-Ost-Konflikt und der Kritik des „deutschen Wesens“. In der Aufrechterhaltung ihrer antifaschisti-

schen Verachtung der Restgesellschaft verstellten sie die Bearbeitung der ererbten Antinomie, sodass sie bis heute in der aktuellen Entgegensetzung einer Identitätspolitik für Arbeiterinnen und einer Identitätspolitik für Minoritäten bestehen bleibt. Die Linke aus diesen beiden Vereinseitigungen zu befreien, bleibt damit die Aufgabe einer erst noch zu entstehenden anderen linken Kraft, nachdem sich die antideutsche Linke in dieser wesentlichen Hinsicht als Totgeburt entlarvt hat. **IP**

Max Hörügel ist Mitglied der Platypus Affiliated Society.

-
- 1 Jan Gerber beschreibt diese Zeit für die radikale Linke in Deutschland als „eine der schwersten Krisen ihrer – begreift man die Gründung des deutschen Jakobinerklubs um 1798 als ihren historischen Ursprung – etwa zweihundertjährigen Geschichte.“ (Jan Gerber: *Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“*. Freiburg/Wien 2018, S. 15.)
 - 2 Zitiert nach Gerber 2018, S. 89.
 - 3 Vgl. Mike Macnair: „Intersectionalism, the highest stage of western Stalinism?“, *Critique*, Nr. 46. (Jg. 4, 2018), S. 541-558. Online abrufbar unter: <https://classunity.org/wp-content/uploads/2020/12/intersectionality.pdf>.
 - 4 Vgl. Vladimir Iljitsch Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in: *W. I. Lenin Werke* (Bd. 22), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 189-309. Online abrufbar unter: http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm.
 - 5 Herbert Marcuse: *Der Eindimensionale Mensch. Studium zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Lüneburg 2014.
 - 6 Ebd., S. 267.
 - 7 Ebd., S. 263.
 - 8 Ebd., S. 267.
 - 9 Jens Benicke: *Von Adorno zu Mao. Die Rezeption der kritischen Theorie und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit von der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung zu den K-Gruppen*. Freiburg (Breisgau) 2010, S. 141. Online abrufbar unter: <https://freidok.uni-freiburg.de/fedora/objects/freidok:7122/datastreams/FILE1/content>.
 - 10 Ebd., S. 131.
 - 11 Ebd., S. 140ff.
 - 12 Mao Tsetung: *Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung*. Essen 1993, S. 140ff.
 - 13 Ebd., S. 147.
 - 14 Jan Ole Arps: *Frühschicht. Linke Fabrikinterventionen in den 70er Jahren*. Berlin/Hamburg 2011, S. 76ff.
 - 15 Ebd. S. 82.
 - 16 Ebd., S. 83.
 - 17 Fritz Kramer: „Über Sozialismus in China und Russland und die Marxsche Theorie der Geschichte“, *Rotes Forum – Organ des SDS-Heidelberg*, Nr. 3 (Juni 1970), S. 5. Online abrufbar unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_Rotes_Forum/Heidelberg_Rotes_Forum_1970_03.shtml.
 - 18 Gerber: *Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“*, S. 92ff.

- 19 Regula Bott, Theresia Degener, Thomas Ebermann, autonome Lupus-Gruppe/Rhein-Main, max. & sab., Heiner Möller, Maren Psyk, Karl Heinz Roth, Oliver Tolmein, Rainer Trampert, Detlef zum Winkel: „Keine Stimme für Deutschland“, *Konkret*, Nr. 11 (1990), S. 15.
- 20 Jürgen Elsässer: „Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß“, *ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 315 (Februar 1990), S. 32.
- 21 Joachim Bruhn: „Metaphysik der Klasse“, *Phase 2*, Nr. 11 (März 2004). Online abrufbar unter: <https://phase-zwei.org/hefte/artikel/metaphysik-der-klasse-646/>
- 22 Leo Trotzki: „Porträt des Nationalsozialismus“, *Die neue Weltbühne*, Nr. 28 (Jg. 2, Juli 1933). Online abrufbar unter: <http://www.mlwerke.de/tr/1933/330610a.htm>.
- 23 Jürgen Elsässer: „Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß“, S. 34.
- 24 Ebd.
- 25 Wilhelm Reich: *Massenpsychologie des Faschismus*. Köln 2011, S. 42.
- 26 Karl Marx, Friedrich Engels: „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“, in: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke* (Bd. 2), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1972, S. 38.
- 27 Vgl. Marcuse: *Der Eindimensionale Mensch. Studium zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, S. 267.
- 28 Georg Lukács: *Geschichte und Klassenbewusstsein*. Bielefeld 2013, S. 358.
- 29 Theodor W. Adorno: „Reflexionen zur Klassentheorie“, in: *Gesammelte Schriften* (Bd. 8), Hrsg. Rolf Tiedemann, Frankfurt a.M. 2020, S. 391.

